

Blickpunkt



Landtag



Ich berichte für Sie und den Kreis Warendorf
aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



Ehrenamt

Verkehr

Karneval



Liebe Leserinnen und Leser,

Kommunalpolitik ist in den meisten Fällen Ehrenamt. Aber diese „Ehre“ macht viel Arbeit und davor schrecken immer mehr Menschen zurück. Aus diesem Grund will die CDU-Landtagsfraktion zusammen mit den anderen Parteien im Landtag die Politik vor Ort stärken. Auf Antrag der Fraktionen

hat der Landtag eine Ehrenamtskommission eingesetzt. Es ist gut und richtig, dass alle Landtagfraktionen gemeinsam beschlossen haben, eine Arbeitsgruppe zur Stärkung des kommunalen Mandats einzusetzen. Hauptaugenmerk der Kommission wird dabei sein, Verbesserungen für die vielen tausend ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger in ganz Nordrhein-Westfalen, die wöchentlich in den Stadt- und Gemeinderäten und Kreistagen sitzen, zu erreichen. Allein in Nordrhein-Westfalen engagieren sich über 20.000 Ehrenamtler in Räten, Kreistagen und Bezirksvertretungen für das Funktionieren der Demokratie im Kleinen. Das

Ehrenamt ist damit das Rückgrat der kommunalen Selbstverwaltung. Dieses wollen wir sichern und ausbauen. Dabei müssen die Anreize insbesondere dafür verbessert werden, dass sich wieder mehr junge Leute für die Arbeit in der Kommunalpolitik begeistern lassen. Ich hoffe, dass bei der Kommunalwahl am 25. Mai viele Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und sich im Vorfeld tatkräftig engagieren.

Ihre

Astrid Birkhahn

Keine Einigung über Zusatzkosten für Inklusion

Die Landesregierung hat am vergangenen Montag (17.02.2014) ein Ultimatum des Städte- und Gemeindebunds NRW verstreichen lassen, um eine außergerichtliche Einigung über die Kosten der Inklusion zu erzielen. Trotz Ablauf des Ultimatums gehen die Marathonverhandlungen weiter: Noch immer gibt es keine Lösung im Streit zwischen Land und Kommunen, wer die Kosten für den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung trägt. Nun werde dem Land ein geänderter Verhandlungsvorschlag unterbreitet, teilten die drei kommunalen Spitzenverbände mit. Eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht steht weiter im Raum. Die Kommunen werden durch die Inklusion in den nächsten drei Jahren zusätzliche Ausgaben von rund 113,5 Millionen Euro haben. Dies geht aus einem veröffentlichten Gutachten von Herrn Professor Klaus Klemm im Auftrag der Landesregierung hervor. Der Kreis Warendorf rechnet mit Zusatzkosten von 1,9 Millionen Euro. „Rot-Grün hat das Inklusionsge-

setz durch den Landtag gepeitscht, ohne die Empfehlungen der Fachleute aus der Expertenanhörung ernst zu nehmen. Jetzt wird ihnen dafür die Quittung präsentiert. Das Gutachten belegt, dass durch Inklusion - die Ausweitung der Aufgabe des gemeinsamen Unterrichts - den Schulträgern Zusatzkosten entstehen“, erklärt Birkhahn. „Wenn das Land Inklusion per Gesetz ermöglichen will, muss es auch dafür geradestehen“, so Birkhahn weiter. Das Gutachten sei ein klarer Fingerzeig dafür, dass das Prinzip der Konnexität „Wer bestellt, bezahlt“ doch greife, erklärt die Abgeordnete. Birkhahn: „Es geht um die Zukunft unseres Schulwesens. Das Gelingen der Inklusion steht und fällt mit der Qualität. Dazu zählen z.B. die doppelte Besetzung der Klassen sowie die Qualifizierung der Lehrkräfte. Statt für die Sache zu handeln, macht die Landesregierung mit ihrer Kosten-Schacherei weiter und lässt 2,66 Millionen Schülerinnen und Schüler in NRW weiter im Ungewissen“.

CDU begrüßt Vorschlag für demografieunabhängiges Regionalnetz mit Bus und Bahn

Die ÖPNV-Zukunftskommission hat ihre Ergebnisse vorgestellt. Dazu erklärte die heimische CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn: „Jetzt ist die Landesregierung gefragt: Was wir brauchen, sind konkrete Antworten auf die riesigen Herausforderungen im Nahverkehr im ganzen Land. In den Ballungsräumen geht es um die Bewältigung der Fahrgastströme insbesondere in der Rush-Hour und die Frage der Instandhaltung von teils überalterten Stadtbahnsystemen. Hierfür müssen belastbare Finanzierungsinstrumente gefunden werden. Zudem muss die rot-grüne Landesregierung künftig erfolgreicher als früher beim Bund verhandeln, um den Nordrhein-Westfalen zustehenden Anteil zu erhalten.“

Auf dem Land wie in schrumpfenden Stadtteilen dagegen gehe es darum, ein attraktives Grundangebot auch bei sinkender Bevölkerungszahl finanzieren zu können. Anrufsammeltaxen und ehrenamtlich betriebene Bürgerbusse seien hierfür sinnvolle Bausteine. Birkhahn: „Was dringend erforderlich ist, ist ein demografieunabhängiges, zuverlässiges und attraktives Grundangebot für die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum.“ Hierzu habe die Kommission einen sehr guten Vorschlag erarbeitet, nämlich die Schaf-

fung eines ‚Qualifizierten Regionalnetzes‘ mit Bus und Bahn. „Es kann nicht sein, dass Regionen mit Schienenstrang den Bahnverkehr vom Land bezahlt bekommen, Regionen ohne Schiene ihre Hauptbuslinien aber seit Jahrzehnten selbst bezahlen müssen“, so Birkhahn. „Ein qualifiziertes Grundnetz - ob mit Bahn oder Bus - würde endlich faire Voraussetzungen für attraktive Nahverkehrsachsen im ganzen Land schaffen.“



Birkhahn fordert ein demografieunabhängiges Regionalnetz mit Bus und Bahn für den ländlichen Raum. (Bild: Fionn Große/pixelio.de)

Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

Am 19. und 20. Februar 2014 kam der Landtag Nordrhein-Westfalen das zweite Mal in diesem Jahr zusammen, um über zahlreiche Anträge und Gesetzentwürfe zu debattieren und zu entscheiden. Unter anderem forderte die CDU-Landtagsfraktion in einem Antrag die Landesregierung dazu auf, unverzüglich ein Untersuchungsdesign zur **Erhebung und Erfassung von Unterrichtsausfall** zu entwickeln. Zudem war die Armutswan-



derung aus Bulgarien und Rumänien Thema bei der Landtagsdebatte. In Nordrhein-Westfalen leben 77 774 Menschen, die in den vergangenen Jahren aus Bulgarien und Rumänien zugewandert sind. Die CDU-Landtagsfraktion forderte von der Landesregierung innerhalb der nächsten zwölf Monate ein Handlungskonzept zu erstellen, um eine **bessere Eingliederung von Zuwanderern aus Südosteuropa** zu gewährleisten. Eine hitzige Debatte gab es auch zu den **Perspektiven der Jagd in NRW**. Die Landesregierung hatte in der Vergangenheit durch abfällige Bemerkungen das Vertrauensverhältnis zu der Landesjägerschaft mit ihren Verbänden schwer beschädigt. So hieß es u.a. von einem Abteilungsleiter aus dem Ministerium, dass die Jäger ohnehin keine Lobby mehr hätten. Die CDU bedauerte diese Äußerungen und forderte in ihrem Antrag dazu eine Klarstellung. Alle Entscheidungen der vergangenen Plenarwoche finden Sie im Internet unter: www.landtag.nrw.de.

Engpässe in der Ü3-Betreuung zwingen zu verdeckter Krippenpflicht

Die rot-grüne Landesregierung muss deutlich mehr tun, um die in einzelnen Regionen des Landes bestehenden Versorgungsengpässe in der Ü3-Betreuung zu beseitigen. Das ist das Ergebnis der Anhörung vom 13. Februar 2014 im Düsseldorfer Landtag zu einem entsprechenden Antrag der CDU-Landtagsfraktion. „Die Experten haben mehrheitlich die Herausforderungen bestätigt. Rot-Grün verkennt die Probleme, die der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz mit sich bringt. Die Gruppen werden nicht nur vollgestopft und vergrößert“ sagte Birkhahn. Oftmals gäbe es für über Dreijährige überhaupt keinen Platz mehr. Hier müsse dringend etwas passieren. Starre Belegungszwänge müssten gelockert und praktikable Lösungen für dieses Problem gefunden werden, so Birkhahn. Im Kreis Warendorf droht gegenwärtig kein Engpass. SPD und Grüne ergreifen bislang keine Initiative. „Offenbar ist der Kindergarteneintritt mit drei Jahren von dieser Landesregierung politisch nicht mehr gewollt, weil er nicht dem rot-grünen Bild von Kindererziehung entspricht“, erklärte Birkhahn. Sie weist insbesondere darauf hin, dass die Versorgungsengpässe zu einer verdeckten Krippenpflicht führen würden. „Viele El-

tern bekommen inzwischen den Rat, ihr Kind bereits so früh wie möglich in den Kitas anzumelden, anstatt sie zu Hause zu erziehen oder sie in die Tagespflege zu geben. Ansonsten – so wird ihnen mitgeteilt – hätte man später keinen Platz für ihr Kind, sobald es drei Jahre alt ist. Das kann es nicht sein. Das ist eine unzulässige Einschränkung der Elternwahlfreiheit“, sagte Birkhahn. Ein weiteres Problem sei zudem, dass in Einzelfällen schon jetzt Zweijährige nicht selten einen befristeten Betreuungsvertrag erhalten würden und sich nach einem Jahr wieder eine neue Einrichtung suchen müssten.



Die Versorgungsengpässe bei der Betreuung von Kindern über drei Jahren führen zu einer verdeckten Krippenpflicht. (Bild: Friedrich/pixelio.de)

CDU-Fraktion will Rechtsgrundlage für Meldeauflagen im Polizeigesetz verankern

Nordrhein-Westfalen war in den letzten Wochen und Monaten mehrfach Schauplatz brutaler Auseinandersetzungen im Umfeld von Fußballspielen. Auffällig ist, dass diese Krawalle zunehmend außerhalb der Stadien stattfinden. So zum Beispiel wie bei der Hooligan-Massenschlägerei am 18. Januar 2014 in der Kölner Innenstadt, bei der einer Person das Gesicht mit einer Eisenstange zertrümmert wurde, oder die Erstürmung des Bielefelder Weihnachtsmarktes durch verummte Anhänger von Dynamo Dresden am Nikolaustag 2013, bei der insgesamt 21 Polizeibeamten und ein Polizeipferd verletzt wurden. Die CDU-Landtagsfraktion hat auf diese Gewaltexzesse reagiert und in dieser Woche einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem das Instrument der Meldeauflage im NRW-Polizeigesetz verankert werden soll. Der Gesetzentwurf (16/5038) wurde am 20. Februar 2014 in erster Lesung im Plenum beraten.

„Durch die Verhängung von Meldeauflagen kann effektiv verhindert werden, dass polizeibekannte Gewalttäter überhaupt zu Fußballspielen anreisen, weil sie sich

pünktlich zum Anpfiff bei ihrer örtlichen Polizeiwache melden müssen. Dadurch bleibt den friedlichen Fans, den Vereinen und nicht zuletzt der Polizei eine Menge Ärger erspart“, so Birkhahn. Denn: Wer sich zu Spielbeginn beispielsweise bei der Polizei in Dortmund melden muss, kann nicht zur gleichen Zeit in der Kölner Innenstadt oder in einem Fußballstadion randalieren. Die Polizei hat den Gesetzgeber deshalb wiederholt aufgefordert, für dieses Instrument endlich eine spezielle Eingriffsbefugnis im Polizeigesetz zu schaffen. Diesem Wunsch trägt der Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion Rechnung.



Fußballspiele werden immer häufiger als Anlass für gewalttätige Auseinandersetzungen genutzt. (Bild: Karin Schmidt/pixelio.de)

CDU-Landtagsfraktion sucht Antworten auf demografischen Wandel



Am Dienstag, den 18. Februar 2014 hat sich in Düsseldorf der Arbeitskreis Ländliche Räume der CDU-Landtagsfraktion konstituiert. 17 Landtagsabgeordnete, darunter Astrid Birkhahn aus dem Kreis Warendorf, werden für die Fraktion ein Papier zur Stärkung des ländlichen Raums erarbeiten. „Durch den demografischen Wandel stehen wir auch im ländlichen Raum vor noch nie dagewesenen Herausforderungen, für deren Lösung es keine Vorbilder gibt“, so die heimische Abgeordnete Astrid Birkhahn. (Bild: Zierhut)

Helau und Alaaf im Landtag



Exakt 111 Prinzenpaare, Dreigestirne und Lieblichkeiten aus ganz Nordrhein-Westfalen haben am Dienstag fröhlich die „Fünfte Jahreszeit“ im Düsseldorfer Landesparlament gefeiert. Die heimische Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn begrüßte in diesem Jahr eine Abordnung aus Everswinkel. Der Närrische Landtag, als Gipfeltreffen der Prinzenpaare, Dreigestirne und Lieblichkeiten hat Tradition. Vor dem Höhepunkt närrischer Heiterkeit an den tollen Tagen zeigen die jecken Ehrengäste im Landesparlament, wie bunt und vielfältig der Karneval in Nordrhein-Westfalen ist. Jubel, Trubel und Heiterkeit auch am Abend. (Bild: Zierhut)

Impressum

Blickpunkt Landtag
für den Wahlkreis Warendorf I
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 - 2744
Telefax: 0211 - 884 - 3346
E-Mail: astrid.birkhahn@landtag.nrw.de
www.astrid-birkhahn.de